

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 13  
  
**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## ALLTAG DRÜBEN

### Frauen in der DDR

Die Gebrauchsanweisung für ein Bügelbrett aus dem staatlichen Warenangebot in der DDR ist mit einem Foto versehen. Es zeigt eine junge Frau, die just hinter einem gleichen Exemplar sitzt und ein Herrenhemd plättet. Auch im real existierenden Sozialismus gilt anno 1989 das Bügeln im allgemeinen Bewusstsein noch als eine typisch weibliche Tätigkeit.

Der Text, der zum Bild auf der Bedienungsanleitung gehört, unterstreicht das, verkündet er doch: «Der verstellbare Bügeltisch – ein Helfer für die Hausfrau.»

Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der DDR noch lange nicht erreicht ist. Wie die Soziologin Hildegard Maria Nickel in einem Artikel der «Weimarer Beiträge», einer im Ost-Berliner Aufbau-Verlag erscheinenden Kulturzeitschrift, berichtet, wird in den Familien sogar zäh an den traditionellen Geschlechterrollen festgehalten.

Soziologische Studien aus den vergangenen zehn Jahren zeigen, dass Jungen und Mädchen geschlechtsspezifisch erzogen werden. Eltern kontrollieren und disziplinieren ihre Töchter stärker als ihre Söhne. Letztere wachsen folglich freizügiger auf und damit auch wesentlich selbstbestimmter. Mädchen müssen sehr viel öfters kleinere Geschwister betreuen oder bei der Hausarbeit helfen. Das entspricht durchaus der in DDR-Familien noch vorherrschenden geschlechtsspezifischen «Arbeitsteilung»: Zusätzlich zum Beruf versorgt die Mutter die Kinder, kauft ein, kocht, putzt und kümmert sich um die Wäsche, während der Vater sich nur für die gelegentlich anfallenden handwerklichen Tätigkeiten zuständig fühlt.

In Ehen, in denen die Frauen über ein hohes Bildungsniveau und eine überdurchschnittliche berufliche Qualifikation verfügen, lassen sich allerdings auch Abweichungen von diesem Muster beobachten. Nach Ansicht der Wissenschaftlerin hat die Tatsache, dass sich in der DDR konservative Familienstrukturen eher verfestigt haben, auch zu einer Trendwende bei der Gleichstellung von Frau und Mann im Arbeitsleben geführt. Bis Ende der sechziger Jahre hätten sich hier kontinuierliche Fortschritte abgezeichnet, seien Frauen in Berufsgruppen eingedrungen und hätten Positionen übernommen, die bisher nur Männern vorbehalten waren.

Doch um dieser vom Staat gesteuerten Entwicklung Kontinuität zu sichern, hätte es eines wirklichen Bewusstseinswandels in der Bevölkerung bedurft.

Heute sind 91 Prozent der Frauen in der DDR zwischen 15 und 65 Jahren berufstätig,

in einer Lehre oder studieren; mehr als 80 Prozent aller weiblichen Beschäftigten können einen Facharbeiterbrief und höhere Qualifikation vorweisen.

Doch diese Quoten, mit denen die DDR an der Spitze liegt, können darüber nicht hinwegtäuschen, dass sich die Schere zwischen qualifizierten Männerberufen und typischen Frauenberufen in den vergangenen Jahren zunehmend geöffnet hat. Nach einer von der Soziologin zitierten jüngsten Studie streben zwei Drittel der Schülerinnen eines Abschlussjahrgangs Berufe im Textil- und Dienstleistungsbereich, in Handel, Büro, Erziehungswesen und der Medizin, zwei Drittel der Schüler dagegen eine handwerklich-technische Ausbildung an.

Siegfried Röder

## Glasnost in der UdSSR

### «Mein Wahlprogramm»

**Die illustrierte Moskauer Wochenzeitung «Ogonjok» veröffentlichte am 27. 5. 1989 einen satirischen Beitrag von Arkadi Chait zum Kongress der Volksdeputierten unter dem Titel «Mein Wahlprogramm». Wir bringen Auszüge:**

– Der Staat wünscht die Wiederherstellung von Moral, Diskussionskultur und Äusserungsrecht. Zu diesem Zweck sind in der Nacht auf den 1. Januar sämtliche Uhren um 66 Jahre zurückzudrehen.

– Dem Bürger ist die Freiheit der Rede und der Versammlung bereits gewährleistet worden. Zusätzlich zu gewährleisten ist ihm noch die Freiheit *nach* der Rede und *nach* der Versammlung.

– Im Prinzip sind alle versprochenen Reformen zu realisieren. Prinzipiell nicht realisiert werden darf die Preisreform (= *Teuerung*).

– Man sollte vorsichtiger sein mit der Aufhebung von früheren Lösungen wie «Die USA einholen und überholen!» oder «Unsere Produktion auf Weltniveau heben!» oder «Das Leben noch leichter und fröhlicher machen!». Zum Beispiel genügt es, die folgende Losung zu kürzen: «Unsere Generation wird im Kommunismus leben.» Denn wenn man den Kommunismus weglässt, entsteht eine richtige Aussage: «Unsere Generation wird leben.»

– Die Einführung der persönlichen Verantwortlichkeit ist beschlossene Sache. Bei jeder Panne ist der jeweils Schuldige konkret zu benennen. Daraus ergibt sich, dass für sämt-

liche gegenwärtigen und zukünftigen Mängel der Genosse Breschnew persönlich haftbar zu machen ist.

– Das Bestreben nach Aufhebung von Privilegien zum Besuch von Spezialläden oder Spezialkliniken ist falsch. Vielmehr sind die betreffenden Privilegien einer neuen Schicht zu übertragen, den Rentnern, denn dadurch lösen wir zwei Probleme auf einen Schlag: Erstens verbessern wir die Lebensbedingungen der Alten, und zweitens bringen wir unsere führenden Funktionäre dazu, schneller in Pension zu gehen.

– Das Gesundheitswesen hat sich auf die Bekämpfung der Sklerose zu konzentrieren, die zur chronischen Vergesslichkeit führt: Die Leute wissen nicht mehr, ob sie zum Einkauf gehen oder vom Einkauf kommen (*weil die Einkaufstasche ohnehin leer ist*).

– In der Landwirtschaft ist das Pachtsystem maximal auszuweiten. Die Pächter müssen je nach Bodenbeschaffenheit in der Lage sein, entweder 150 Rinder oder wenigstens 150 Kolchosbauern zu ernähren.

– Zur erwünschten Förderung der Joint ventures schlage ich eine Erweiterung der Rechte unserer ausländischen Partner vor. Man soll ihnen die Sektoren von Rohstoffen, Infrastruktur und Arbeitskräften überlassen, wogegen sich unsere Seite mit dem Sektor der Betriebsgewinne zu begnügen hat.

– Das Gesetz über unrechtmässige Gewinne ist rückgängig zu machen; es ergibt keinerlei Sinn. Einerseits sind die unrechtmässigen Gewinne schon in sämtlichen bestehenden

Gesetzen dabei, und andererseits: Seit wann kann man denn rechtmässig erworbenes Geld einen Gewinn nennen?

– Bezüglich der Isolierung umweltschädlicher Betriebe ist eine neue Methode anzustreben. Auszusiedeln sind vorzugsweise die betreffenden Betriebe und nicht die Einwohner der betreffenden Regionen.

– Unser Vorhaben, gemäss Genfer Konvention der Auswanderung von Sowjetbürgern keine Hindernisse in den Weg zu legen, genügt nicht, denn es braucht die gezielte Förderung der Auswanderung unserer Bürokraten. Das wird uns einen bilanzierenden Migrationsgewinn einbringen, weil dann unsere früher emigrierten Ärzte, Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler zurückkehren werden.

So sieht mein Wahlprogramm im Prinzip aus. Von mir aus darf es ein Volksdeputierter für seine Arbeit benutzen. Wir leben schliesslich in der Zeit des Meinungspluralismus, und da darf jeder seine Meinung als gesichert ansehen, vorausgesetzt, dass er auch den Pluralismus als gesichert ansieht. ■



Ihr Teppich- und Bodenbelagsgeschäft

W. Geelhaar AG Bern  
Thunstrasse 7  
am Helvetiaplatz  
Tramlinien 3 + 5

Telefon 031 43 11 44

Auch für Reparaturen und  
Reinigungen von Orient-,  
Handweb- und Berber-  
teppichen sind wir Ihr  
Vertrauenshaus.

Peter Sager

zu Seltsamkeiten nicaraguanischer Reisediplomatie

## Ortega auf Sammeltour

**Nicaragua braucht Finanzierung und bietet dafür Demokratisierung an. Der Tausch ist bis anhin an beiden Enden nur in kleinem Ausmass zustandegekommen.**

Nicaraguas Präsident Daniel Ortega hat zehn westeuropäische Regierungen besucht. Zweck seiner Reise war es, 250 Mio Dollar an neuen Hilfgeldern zu finden.

Wie prekär die wirtschaftliche Lage dieses Landes nach zehn Jahren sandinistischer Planwirtschaft gemäss kubanischem Vorbild ist, erhellt auch aus dem Umstand, dass der Präsident seinen ökonomischen Ratgebern versprechen musste, für diese Reise keine Devisen auszugeben. So liess er sich seine Aufenthalte von westeuropäischen Firmen finanzieren, die auf Geschäfte mit Nicaragua hoffen; in England waren das der Chemiekonzern ICI und die British American Tobacco Co. in Schottland der Strathclyde Council. In Londons Intercontinental Hotel hat er dennoch eine unbezahlte Rechnung von 2500 Pfund für Essen, Trinken und Telefonate hinterlassen. In Glasgow soll er gar versucht haben, schottische Jagdhunde für sein Revier in Nicaragua zu erwerben. Für seine Reise hat ihm die DDR ein Flugzeug und Sicherheitsbeamte zur Verfügung gestellt.

Um günstige Voraussetzungen für seine Bettelreise zu schaffen, hat Ortega wiederholt seine Zustimmung zum Zentralamerikanischen Friedensplan bekundet, dessen letzte Version im Februar dieses Jahres unterzeichnet worden ist. Zum gleichen Zweck wurden die vom Friedensplan verlangten Wahlen um neun Monate vorverschoben. Ferner wurden 1849 ehemalige Mitglieder von Somozas Nationalgarde freigelassen, nicht aber inhaftierte Mitglieder der demokratischen Opposition. Die Radiostation der Kirche durfte ihre Nachrichtensendungen wieder aufnehmen, und zehn des Landes verwiesene Priester konnten nach Nicaragua zurückkehren.

Diese Konzessionen wurden allgemein begrüsst. Doch das Wahlgesetz vom 23./24. April 1989 versagt den Oppositionsparteien die paritätische Vertretung in der Kommission zur Beaufsichtigung der Wahlen; auch wird ihnen keine Fernsehstation zugestanden.

Das Wahlgesetz brachte zudem Verschlechterungen für die Opposition. Deren Radio

Corporación muss jetzt auf Ersatzteilen, elektronischen Geräten und Kassetten die hohen Warensteuern für Importgüter bezahlen, derweil die Ministerien für Gesundheit, für Kultur und für Erziehung sowie sandinistische Massenorganisationen wie z. B. der Luis-Amanda-Espinoza-Frauenbund kostenlos Sendezeit eingeräumt erhalten.

Solche Kritik wird verstärkt durch Klagen, dass das sandinistische Militär zunehmend Menschenrechte verletzt. Die Organisation «American Watch» stellte Ermordungen von Mitgliedern der Contra und sogar von deren Familienangehörigen fest. Die Vorfälle seien so häufig, dass Duldung und Förderung durch höhere Stellen vermutet werden müssten, hiess es im Jahresbericht 1988 der American Watch.

Zahlreiche Anzeichen deuten ferner darauf hin, dass Nicaragua im Auftrag Kubas weiterhin die Guerilla-Bewegung in El Salvador unterstützt. Dem eher linksstehenden und krankheitshalber zurückgetretenen Präsidenten Duarte wurde beim Befriedigungsversuch keine Unterstützung gewährt. In den kürzlichen Wahlen hat das Volk darum den Vertreter einer sehr rechtsstehenden Partei gewählt in der Hoffnung, dass er sich mit harten Methoden gegen die Guerilla durchsetzen werde. Das könnte zu einer Polarisierung in El Salvador führen, was allein im Interesse Kubas und Nicaraguas steht.

Nach seiner Rückkehr aus Westeuropa hat Präsident Ortega seine Reise als grossen Erfolg bezeichnet. Tatsächlich aber hat er bloss Zusagen für 50 statt 250 Mio Dollar erhalten. Dass er diese Mittel aus Westeuropa so dringend benötigt, beweist nicht nur einmal mehr das Versagen der Planwirtschaft, sondern auch den Umstand, dass offensichtlich die Sowjetunion zunehmend Zurückhaltung an den Tag legt. ■